



Industrie- contra Konsumenteninteressen: Peter Spuhler (svp., Thurgau) und Werner Marti (sp., Glarus) im Nationalrat.

ALESSANDRO DELLA VALLE / KEYSTONE

Nationalrat gegen Parallelimporte aus Europa

Befürworter einer Liberalisierung setzen auf den Ständerat

Der Schweizer Markt bleibt weiterhin abgeschottet von günstigen Importen patentgeschützter Güter. Der Nationalrat hat eine Öffnung für Parallelimporte aus dem Europäischen Wirtschaftsraum mit knappem Mehr abgelehnt.

Mt. Bern, 5. Juni

Der Nationalrat hat sich am Donnerstag gegen die Zulassung von Parallelimporten patentgeschützter Güter aus dem Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) ausgesprochen. Bei der Debatte um die Revision des Patentgesetzes setzte sich die bundesrätliche Haltung durch, wonach für patentierte Güter die «nationale Erschöpfung» gelten soll. Gemäss diesem Prinzip dürfen patentierte Güter nur innerhalb der Landesgrenzen frei weiterveräußert werden. Aus dem Ausland dürfen patentierte Produkte nicht frei importiert werden. Ausnahmen von diesem Prinzip sollen nur zulässig sein bei Waren, für die der Patentschutz von «untergeordneter Bedeutung» ist. Als Beispiele gelten etwa Fahrräder mit patentierter Handbremse oder Zahnpastatuben mit patentiertem Verschluss.

Knapper Entscheid

Der Entscheid des Nationalrats fiel äusserst knapp mit 93 zu 88 Stimmen bei 14 Enthaltungen. Die SVP sprach sich fast geschlossen gegen einen Systemwechsel aus, SP und Grüne deutlich dafür. Die Sozialdemokraten befürworteten grundsätzlich zwar die Zulassung von Parallelimporten aus der ganzen Welt statt nur aus Europa, sie zogen ihren ohnehin chancenlosen entsprechenden Antrag aber vor der Abstimmung zurück. Bei der FDP-Fraktion, die im Verhältnis 24 zu 1 bei 9 Enthaltungen ebenfalls gegen Parallelimporte war, stimmte nur der Luzerner Otto Ineichen für die Marktöffnung. Bei der CVP-Fraktion votierten 25 Mitglieder für Parallelimporte, aber 9 dagegen bei 2 Enthaltungen. Die CVP-Fraktion hatte eigentlich eine Minimalvariante befürwortet, gemäss der Parallelimporte aus Europa zumindest für Produkte zugelassen worden wären, deren Preise nicht staatlich festgelegt sind. Diese Einschränkung stand aber bei der entscheidenden Abstimmung nicht mehr zur Wahl.

In der Debatte hielten die Ratslinke und die CVP die Vorteile von mehr Wettbewerb hoch, während FDP und SVP den Schutz des geistigen Eigentums und den Innovationsstandort Schweiz in den Vordergrund stellten. Die Baselbieter Sozialdemokratin Susanne Leutenegger Oberholzer machte darauf aufmerksam, dass die Schweiz im Markenrecht und im Urheberrecht sowie bei den landwirtschaftlichen Produktionsmitteln bereits die internationale Erschöpfung kenne. In der vorberatenden Kommission sei man mehrheitlich der Ansicht gewesen, dass Parallelimporte einen Beitrag zur Beseitigung der Preisinsel Schweiz leisteten, auch wenn nicht klar abgeschätzt werden könne, wie hoch die Effekte seien. Das Argument, wonach die Öffnung den Forschungsstandort gefährde, liess Leutenegger Oberholzer nicht gelten. Laut Bundesrat liessen sich die Unternehmen bei der Wahl des Forschungsstandorts primär von der Verfügbarkeit von Forschern leiten.

Im Namen der FDP-Fraktion machte der Luzerner Georges Theiler (der sich in der Abstimmung der Stimme enthielt) darauf aufmerksam, dass es letztlich nicht um grosse Beträge gehe, nämlich um Einsparungen von höchstens 200 Millionen Franken. Man müsse eine Güterabwägung zwischen dem Schutz der Eigentumsrechte der Patentinhaber einerseits und mehr Wettbewerb andererseits vornehmen. In die gleiche Richtung zielte Peter Spuhler (svp., Thurgau), der argumentierte, nur 5 Prozent der Importe seien patentgeschützt. Zudem mahnte er, dass neben den Interessen der Konsumenten nicht jene der Arbeitnehmer vergessen werden dürften. Seines Erachtens würden Parallelimporte den Arbeitsplatz Schweiz gefährden. Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf ging in ihrem Votum auf die Frage ein, ob ein Verbot von Parallelimporten gleichzusetzen sei mit einem Monopolschutz. Ihrer Ansicht nach können auch bei nationaler Erschöpfung marktgerechte Preise zustande kommen, weil die Patentinhaber in Konkurrenz mit anderen Herstellern gleichwertiger Waren stünden.

Optimistischer Darbellay

Nach der Abstimmung war die Frustration bei Teilen der CVP mit Händen zu greifen. Der Zürcher Urs Hany setzte seine Hoffnung ganz auf den Ständerat und äusserte die Befürchtung, dass bei einer endgültigen Ablehnung von Parallelimporten eine viel weiter reichende Initiative des Detailhandels lanciert werde, die keine Ausnahme für Pharmaprodukte enthalte. Die Interessengemeinschaft Detailhandel Schweiz (Migros, Coop, Manor usw.) bekräftigte ihre diesbezügliche Drohung in einer Medienmitteilung. CVP-Präsident Christophe Darbellay zeigte sich gelassen; das Resultat sei knapp ausgefallen und er sei überzeugt, dass man letztlich auf die CVP-Lösung einschwenken werde. Weniger optimistisch äusserte sich Ständerätin Simonetta Sommaruga, Präsidentin der ständerätlichen Wirtschaftskommission. Ihrer Ansicht nach werden die Ständeräte nach der Vorlage durch den Nationalrat noch schwerer vom Nutzen von Parallelimporten zu überzeugen sein.

Optimistischer Darbellay

Der fehlende Wille zur Öffnung der Grenzen bei der bürgerlichen Mehrheit verheisst wenig Gutes für die weiteren Projekte zur Steigerung des Wettbewerbs im Schweizer Binnenmarkt, also für den Abbau technischer Handelshemmnisse oder die Liberalisierung des Agrarhandels. In diesen Dossiers sind unheilige Allianzen zwischen linksgrünen Kritikern des Freihandels einerseits sowie EU-Skeptikern und bäuerlichen Vertretern andererseits zu erwarten. Wer sich in der Frage der Parallelimporte so unbeweglich (bzw. kaum beweglich) gezeigt hat, dessen Eintreten für Freihandel mit Agrar- und Industriegütern ist dadurch nicht glaubwürdiger geworden.

Mt.

Ständerat bewilligt 5,4 Milliarden für Bahnausbauten

Auftrag an den Bundesrat zur Prüfung zusätzlicher Geldquellen für spätere Projekte

Für die dringendsten Bahnausbauten nebst der Neat sollen gut 5 Milliarden Franken reserviert werden. Und damit grössere Projekte nicht bis nach 2030 warten müssen, verlangt der Ständerat von der Regierung die Erschliessung neuer Einnahmequellen.

wab. Bern, 5. Juni

Am Dienstag hatte der Ständerat die vom Bundesrat vorgeschlagene erste Etappe für die zukünftige Entwicklung der Bahninfrastruktur (ZEB), wie der noch nicht realisierte Teil von Bahn 2000 mittlerweile genannt wird, gutgeheissen. Zudem hatte die kleine Kammer die Regierung beauftragt, dem Parlament bis 2010 eine zweite Etappe vorzulegen und dazu die vorerst zurückgestellten Vorhaben wie den dritten Juradurchstich (Wisenbergtunnel), Brüttener Tunnel, Zimmerberg-Basistunnel, das dritte Gleis Lausanne-Genf, einen zweiten Heitersbergtunnel und den Vollausbau des Lötschberg-Basistunnels zu prüfen (ZEB 2). Deren Kosten schätzt

das Bundesamt für Verkehr auf 10 bis 12 Milliarden Franken.

«Noch zu unseren Lebzeiten»

Am Donnerstag ging es nun um die Finanzierung. Kommissionspräsident Peter Bieri (Zug, cvp.) beantragte, dass der Bundesrat für den Finöv-Fonds, dessen Einnahmen vorläufig grösstenteils für die Neat-Tunnel (Gotthard, Ceneri) benötigt werden, zusätzliche Finanzquellen vorsehen soll. Eine von Rolf Büttiker (Solothurn, fdp.) angeführte Minderheit der Verkehrskommission wollte sich hingegen damit begnügen, die Frist für die Rückzahlung der Bundesdarlehen an den Finöv-Fonds über das Jahr 2030 hinaus zu verlängern, um so liquide Mittel für weitere Bahnprojekte zu gewinnen. Die Bevorschussung aus der allgemeinen Bundeskasse ist auf 8,6 Milliarden Franken begrenzt (Preisstand 1995, entspricht heute über 10 Milliarden), und diese Limite soll sowohl nach dem Willen der Mehrheit wie der Minderheit nicht erhöht werden, weil sonst die Schuldzinsen einen allzu hohen Anteil der Finöv-Einnahmen wegfressen würden.

Büttiker argumentierte, auch künftige Generationen zögen aus den Bahnbauten Nutzen; sie könnten daher etwas an die Amortisation beitragen. Neue oder höhere Steuern und Abgaben kämen für ihn nicht in Frage. Bieri rechnete jedoch vor, dass auf diese Weise bis 2027 kein Geld für ZEB 2 zur Verfügung stünde. Wolle man nur schon die ärgsten Engpässe im Schienennetz «noch zu unseren Lebzeiten beheben», brauche es mehr Mittel. Auch die Finanzkommission hatte sich für die Prüfung zusätzlicher Finanzierungsmöglichkeiten ausgesprochen und gemahnt, eine Erhöhung und Verlängerung der Darlehen würde zu Konflikten mit der Schuldenbremse führen. Verena Diener (Zürich, glp.) gab den Minderheitsvertretern zu bedenken, dass sie

sich beim Auftrag für ZEB 2 ebenfalls am «Wunschkonzert» beteiligt hätten. Und Filippo Lombardi (Tessin, cvp.) erinnerte daran, dass der Wunschkatalog der Kantone noch viel umfassender war und 40 Milliarden Franken überschritten hatte. Künftige Generationen wollten selber auch etwas realisieren und nicht nur Schulden abzahlen.

Kantone und Private

Der Antrag zugunsten neuer Finanzquellen setzte sich danach klar, mit 29 zu 6 Stimmen, durch. Angenommen wurden auch zwei Anträge von Didier Burkhalter (Neuenburg, fdp.) und Rolf Schweizer (Zug, fdp.), die bei ZEB 1 und ZEB 2 nebst Vorfinanzierungen durch die Kantone auch die Möglichkeit vorsehen, private Investoren beizuziehen (neudeutsch: Public Private Partnership). Im Übrigen lässt der Auftrag an den Bundesrat offen, welche zusätzlichen Geldquellen in Frage kommen (vgl. NZZ 4. 6. 08).

Die Kommissionmehrheit obsiegte auch bei den Kreditbeschlüssen. Der vom Bundesrat beantragte Kredit für ZEB 1 wurde zugunsten des Regionalverkehrs um 200 Millionen auf 5,4 Milliarden aufgestockt. Die Anpassung des Neat-Gesamtkredits (19,1 Milliarden) war ebenso unbestritten wie die Senkung des Kredits für den Lärmschutz der Bahn von 1,854 auf 1,33 Milliarden, welche gut 500 Millionen für andere Projekte freimacht. Verkehrsminister Moritz Leuenberger und der Kommissionspräsident begründeten die Reduktion damit, die Ziele liessen sich – vorab dank neuem, leiserem Rollmaterial – mit geringeren Investitionen erreichen.

Der Bundesrat wollte Projekte wie den Brüttener, den Zimmerberg- und den Wisenbergtunnel, die einst mit der Bahn 2000 und der Neat beschlossen worden waren, nun aber im Rahmen von ZEB 2 neu geprüft werden, vorläufig aus den

Fehlender Wille zur Marktöffnung

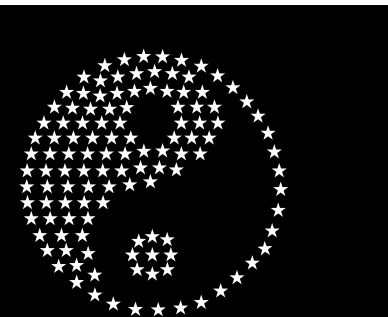
Der erste Anlauf ist gescheitert. Im Nationalrat fand das Ansinnen, den Importschutz an der Grenze für patentierte Produkte aufzuheben, keine Mehrheit. Dass der Entscheid knapp ausfiel, ist ein schwacher Trost, denn nach dem Verdikt des Nationalrats wird das Vorhaben im Ständerat kaum einfacher durchzusetzen sein. Die Hauptschuld für das Resultat liegt ausgerechnet bei jenen Parteien, die sonst gerne für sich das Etikett «liberal» in Anspruch nehmen oder freien Märkten das Wort reden.

Die SVP stimmte fast geschlossen gegen eine Liberalisierung; lediglich Bauernvertreter Hansjörg Walter sowie der Bündner Landwirt Hansjörg Hassler (der sich ohnehin nicht mehr an die Fraktionsmeinung gebunden fühlt) enthielten sich der Stimme, nachdem sie noch vor gut einem Jahr für freie Parallelimporte im Landwirtschaftssektor eingetreten waren. Auch die FDP zeigt sich in der Frage der Parallelimporte von einer wenig wettbewerbsfreundlichen Seite, wobei hier die Reichen weniger dicht geschlossen sind. Allerdings markierten die Sympathisanten einer Marktöffnung ihren Widerstand gegen die offizielle Parteilinie lediglich mit Stimmenthaltung.

Eine sehr spezielle Rolle nimmt die CVP ein. Sie gibt sich zwar als Kämpferin gegen die Hochpreisinsel Schweiz, aber bei der Pharmabranche, wo die grössten Einsparungen zu erzielen wären, soll dennoch eine Ausnahme gemacht werden. Allerdings gingen ihre Exponenten bei der Vorbereitung der Vorlage so ungeschickt vor, dass der von ihnen unterstützte Antrag in der entscheidenden Abstimmung gar nicht zur Debatte stand. In dieser Situation zogen es einige CVP-Nationalräte offenbar vor, Parallelimporte ganz abzulehnen, um nicht das Risiko einzugehen, dass am Schluss eine Lösung ohne Spezialregelung für die Pharmabranche obsiegt.

Der fehlende Wille zur Öffnung der Grenzen bei der bürgerlichen Mehrheit verheisst wenig Gutes für die weiteren Projekte zur Steigerung des Wettbewerbs im Schweizer Binnenmarkt, also für den Abbau technischer Handelshemmnisse oder die Liberalisierung des Agrarhandels. In diesen Dossiers sind unheilige Allianzen zwischen linksgrünen Kritikern des Freihandels einerseits sowie EU-Skeptikern und bäuerlichen Vertretern andererseits zu erwarten. Wer sich in der Frage der Parallelimporte so unbeweglich (bzw. kaum beweglich) gezeigt hat, dessen Eintreten für Freihandel mit Agrar- und Industriegütern ist dadurch nicht glaubwürdiger geworden.

Anzeige



DIE WOHLTUENDE KRAFT DER GEGENSÄTZE. MEER UND BERGSOMMER.

3 Übernachtungen mit 5-Sterne-Komfort, Thalasso- und Wohlfühlbehandlungen. Halbpension, Panorama Spa, Nutzung aller Oberengadiner Bergbahnen und Kulm Driving Range inklusive. Ab CHF 1145.-. Gültig vom 27.06.08 bis 07.09.08.



KULM HOTEL
ST. MORITZ

Phone 081 836 80 00 • info@kulmhotel-stmoritz.ch
www.kulmhotel-stmoritz.ch

INHALT

Liberaler SVP-Abspaltung in Glarus

Abtrünnige SVP-Mitglieder im Glarner Kantonsparlament haben am Donnerstag eine neue Fraktion gegründet. Sie wollen sich mit Gleichgesinnten in Bern und Graubünden zusammenschließen. 16

Imagepolitik für den Cisalpino

Auf den Fahrplanwechsel hin kommt eine zweite Generation von Neigezügen im Nord-Süd-Verkehr zum Einsatz. Das grosse Problem ist der ramponierte Ruf des Cisalpino. 17